Antrag Nr. 4

der Liste **PERSPEKTIVE**
an die 186. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 3. November 2026

Staatsbürgerschaftsrecht

Der Zugang zur österreichischen Staatsbürgerschaft wird derzeit durch zahlreiche bürokratische und soziale Hürden erschwert. Eine offiziell angekündigte Reform zur Erlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft ist grundsätzlich zu begrüßen, da das angekündigte Ziel als eine Entbürokratisierung dargestellt wird, jedoch kann eine echte Reform nur dann gelingen, wenn insbesondere die Einkommensvoraussetzungen und die Anforderungen an die Aufenthaltsdauer grundlegend überarbeitet werden.

Im Mittelpunkt der Kritik steht die sogenannte Selbsterhaltungsfähigkeit. Derzeit müssen Antragsteller:innen nachweisen, dass sie über ausreichend Einkommen verfügen, um ihren Lebensunterhalt eigenständig zu bestreiten. Diese Regelung ist nicht nur kompliziert und verwaltungsaufwendig, sondern benachteiligt vor allem Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien. Besonders betroffen sind Frauen, die aufgrund von Kinderbetreuung, Pflegearbeit oder Teilzeitbeschäftigung oft geringere Einkommen erzielen. Dadurch wird die Staatsbürgerschaft in der Praxis häufig zu einer Frage der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und weniger zu einer Frage der tatsächlichen Integration in die Gesellschaft.

Migrantische Frauen sind besonders oft in Branchen mit niedrigen Einkommen beschäftigt und übernehmen parallel dazu gleichzeitig einen Großteil der unbezahlten Sorgearbeit. Obwohl diese Tätigkeiten für Familien und das Funktionieren der Gesellschaft unverzichtbar sind, werden sie im Staatsbürgerschaftsverfahren kaum berücksichtigt. Das stellt ein strukturelles Gleichstellungsproblem dar, denn wer Kinder erzieht, Angehörige pflegt oder sich gesellschaftlich engagiert, leistet einen wesentlichen Beitrag für Österreich, erhält dafür aber bei der Beurteilung der Staatsbürgerschaftsvoraussetzungen kaum Anerkennung.

TLP gelb (Adressatenkreis)

Zu kritisieren sind derzeit auch die langen Aufenthaltsfristen, die hohen Gebühren und die komplexen Verwaltungsverfahren. Viele Menschen leben bereits über Jahre oder Jahrzehnte in Österreich, arbeiten hier, zahlen Steuern, gründen Familien und engagieren sich gesellschaftlich. Dennoch bleibt ihnen der Zugang zur Staatsbürgerschaft oft verwehrt, weil formale Kriterien nicht erfüllt werden oder Verfahren sehr lang dauern. Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Nachweispflichten für den rechtmäßigen Aufenthalt. Diese sind in vielen Fällen unnötig kompliziert und benachteiligen insbesondere mobile Berufsgruppen, Studierende oder Menschen mit internationalen Lebensläufen.

Die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien fordert die Bundesregierung auf bei einer Reform des Staatsbürgerschaftsrechts folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Eine deutliche Vereinfachung der Einkommensnachweise und eine realistischere Bewertung der Selbsterhaltungsfähigkeit.
- Die stärkere Anerkennung von Kinderbetreuung, Pflegearbeit, Teilzeitbeschäftigung und anderen Erwerbsunterbrechungen.
- Schnellere, verständlichere und weniger bürokratische Verfahren.
- Niedrigere und österreichweit einheitliche Gebühren.
- Einen stärkeren Fokus auf tatsächliche Integration, gesellschaftliche Teilhabe und Gleichstellung statt auf rein wirtschaftliche Kriterien.

Angenommen ☒	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrheitlich ☒

TLP gelb (Adressatenkreis)